

MANFRED KNOCHE

Ich sehe es bis heute als mein persönliches Glück an, dass ich Teil der Studentenbewegung werden konnte

Salzburg. Wohnung von Manfred Knoche. 20. Dezember 2019

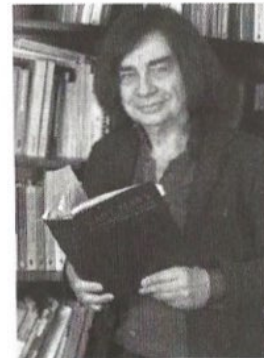


Foto und Quelle:
Monique Wernbacher

Geboren am 24. September 1941 in Stralsund. Ab 1967 Studium an der Universität Mainz (Publizistik, Geschichte, Soziologie, Politikwissenschaft). 1968 bis 1970 studentische Hilfskraft am Institut für Publizistik Universität Mainz. 1972 Wechsel an die Freie Universität Berlin. Am Institut für Publizistik: 1973 studentischer, ab Sommersemester 1974 wissenschaftlicher Tutor. 1973 Magister. 1975 wissenschaftlicher Assistent. 1978 Promotion. Titel der Arbeit: *Einführung in die Pressekonzentrationsforschung. Theoretische und empirische Grundlagen — Kommunikationspolitische Voraussetzungen* (vgl. Knoche 1978). 1979 Assistenzprofessur.

1977 Mitglied der Vorbereitungsgruppe und 1979 Mitarbeiter im Modellversuch Journalisten-Weiterbildung an der FU. 1981 Habilitation. 1982 Vertretung einer Journalistik-Professur an der Universität Hamburg. 1982/83 Gastdozent an der Universität Salzburg. 1983 Professur für Kommunikationswissenschaft, Vrije Universiteit Brussel. Gastprofessuren an der FU Berlin (1984 bis 1986) und der Universität Leipzig (1991). 1994 Ordentlicher Universitätsprofessor für Kommunikationswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Medienökonomie Universität Salzburg (bis Emeritierung 2009).

Aus BLexKom wissen wir bereits einiges über Ihr Elternhaus (vgl. KNOCHE 2017). Ihr Vater war im Krieg Ausbilder bei der Marine. Nach 1945 hatten die Eltern ein Textilgeschäft in Bad Kreuznach. Vielleicht könnten Sie uns zu Beginn noch erzählen, was von der Zeit vor 1945 in Ihre Kindheit hineinragte?

Es war ein totaler Zusammenbruch. Alles lag in Trümmern. Es ging um das existenzielle Überleben. Mein Vater war erst 1948 aus französischer Gefangenschaft entlassen worden. 1949 waren wir schon drei Geschwister. Es gab keinen Besitz. Nach der Währungsreform musste das kleine Textilgeschäft mit gemietetem Geschäftslokal aufgebaut werden. Ich habe die Eigentumslosigkeit seit der Kindheit erlebt. Zum Glück hatten meine Eltern mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun gehabt.

Ihre Mutter war mit im Geschäft.

Ja. Vor 1945 war sie Hausfrau. Ich bin 1941 geboren und 1944 kam das zweite Kind. Es war in dem damaligen System gewollt, dass die Frau den Nachwuchs heranzog. Die Männer bekamen Urlaub.

War der katholische Glauben zu Hause wichtig?

Ja. Sie waren nicht besonders aktiv, aber mein Vater war sehr religiös. Ich bin religiös aufgewachsen, auch durch die Schule und das Umfeld. Die 1950er-Jahre, Adenauer. Davon musste ich mich durch Kirchenaustritt befreien.

Was hat Sie eingeengt?

Muss ich das wirklich ausführen? Man musste beichten gehen, Sünden erfinden. Sonntags in die Kirche, lauter Verpflichtungen. In der Schule gab es Religionsunterricht. Ich hatte in Religion ein »sehr gut«.

Nach dem humanistischen Gymnasium haben Sie als Journalist gearbeitet. Beschreiben Sie bitte Ihren Weg in den Journalismus.

Ich habe zuerst als sogenannter »gelegentlicher freier Mitarbeiter« beim Bad Kreuznacher Lokalteil der *Allgemeinen Zeitung* gearbeitet. Die Hauptausgabe war in Mainz. Ich bekam Aufträge zur Sportberichterstattung. Bald wurde ich fester freier Mitarbeiter. Es gab also eine Aufstiegsmöglichkeit. Ich strebte eine Festanstellung an, zunächst als Volontär und dann als Redakteur.

Was war Ihre Traumposition im Journalismus?

Ich wollte Chefredakteur werden (lacht).

Warum haben Sie dann ein Studium begonnen und warum in Mainz?

Ich wollte ursprünglich meine Chancen im Journalismus erhöhen. Die Festanstellung war nicht gelungen. Ich hatte zusammen mit einem anderen freien Mitarbeiter dem Chefredakteur eine mehrseitige Vorlage geschickt. Wir haben uns zu Hauptmitarbeitern der Kreuznacher Lokalausgabe erklärt und ein Statut vorgelegt, wie man mit uns umzugehen hat. Wir forderten ein Honorar von 20 Pfennig pro Druckzeile. Dieses Schreiben haben wir ohne Kommentar zurückgekriegt. In der Folge bekamen wir keine Aufträge mehr. Wir haben die Machtverhältnisse zu unserem persönlichen Nachteil durchgespielt.

Und Mainz?

Mainz lag geografisch nahe. Dem Institut für Publizistik ging der Ruf voraus, praxisnahe, wissenschaftliche Journalistenausbildung anzubieten. Noelle-Neumann hatte Aufsehen erregt. Ich habe mit Soziologie im Hauptfach begonnen und bin dann zur Publizistik gewechselt.

Im Publizistik-Aufsatz von 1968 hat der Mainzer Student Manfred Knoche Kommentar und Kritik im Lokalteil der Tagespresse untersucht (vgl. KNOCHE 1968).

Lässt sich eine Linie zurück in die Jahre als Lokaljournalist ziehen?

Auf jeden Fall, denn ich hatte als Lokaljournalist häufig Kommentare und Glossen geschrieben. Ich wusste, dass es kaum Kritik in den Kommentaren gab. Diese Hypothese wollte ich verifizieren. Es reizte mich, Praxis und Theorie des Lokaljournalismus zu kontrastieren. Die Praxis der Zeitungslehre des Übervaters Emil Dovifat gegenüberstellen (vgl. DOVIFAT 1967). Das gefiel auch Noelle-Neumann.

Einige haben uns erzählt, dass sie durch ältere Geschwister politisiert wurden.

Andere haben von kritischen Lehrern erzählt. Wo kam Ihr politisches Interesse her?
Das war zwar schon durch meine journalistische Tätigkeit gewachsen, doch der entscheidende Schub kam mit Beginn des Studiums.

Was waren Ihre politischen Stationen während des Studiums in Mainz?

Ich wurde zum Fachschaftssprecher Publizistik gewählt. Wir führten den wissenschaftspolitischen Kampf gegen die Professorin Noelle-Neumann. Ich wurde ins Studentenparlament gewählt und Mitglied des ersten linken AStA an der Mainzer Universität. Der war vorher vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten dominiert. Als linker AStA hatte ich das Pressereferat und habe eine neue Unizeitung gegründet. *Unipress*. Ich habe diese Politisierung also auf den Journalismus angewendet. Übrigens auch bei zwei weiteren Blättern, die ich gegründet habe. Das eine war die Studentenzeitschrift *Guten Morgen*. Da legten wir uns zum Beispiel mit dem Verleger der Mainzer Monopolzeitung an. Und das andere war das *Kreuznacher Journal*.

Was haben Sie dort behandelt?

Es gab an den Kreuznacher Gymnasien einen Mitbestimmungskampf. Den Versuch einer unabhängigen Schüलगewerkschaft. Die habe ich zu Wort kommen lassen. Schüler rüsten zum Kampf. Bildungspolitik. Mein Vater hatte eine Anzeige in der ersten Nummer geschaltet. Er wusste ja noch nicht, was ihn erwartete.



Manfred Knoche in Berlin 1972
Foto und Quelle: privat

Die Anzeige vom Vater hat nicht gereicht.

Nach der ersten Nummer war Schluss. Wir haben keine Werbeanzeigen mehr gekriegt. Wir versuchten noch, die Zeitung vor den Fabrikatoren zu verkaufen und konnten froh sein, dass die Arbeiter uns nicht geschlagen haben.

Ich sehe es bis heute als mein persönliches Glück an, dass ich Teil der Studentenbewegung werden konnte

1972 sind Sie nach Westberlin gegangen. Wie sind Sie dort als Mainzer aufgenommen worden?

Im Januar 1971 hatten wir in Mainz das Institut besetzt. Der Höhepunkt im Kampf gegen die positivistische konservative Wissenschaft von Noelle-Neumann. Das hatte überregional Aufmerksamkeit erregt. Eine Abordnung der linken Genossen vom Institut für Publizistik der Freien Universität kam zu Besuch. Studenten und Assistenten. Wir haben uns geehrt gefühlt. Die Berliner haben uns ermuntert weiterzukämpfen, aber es gab auch Exilangebote.

Das Angebot haben Sie angenommen.

Ich war als studentischer Hilfsassistent entlassen worden, und Noelle-Neumann hatte die Betreuung meiner Doktorarbeit und damit meinen Studienabschluss aufgekündigt. Es gab keine Alternative. Verbrannte Erde in Mainz. Also blieb mir gar nichts anderes übrig.



Rundbrief des Instituts für Publizistik an der Freien Universität Berlin, Nr. 8, September 1972
Quelle: Institut für Zeitungsforschung, IZs 72/103

In Berlin haben Sie gleich im Autorenkollektiv Presse (1972) und im Redaktionskollektiv des Rundbrief mitgearbeitet.¹ Wie kam es zu dieser Zusammenarbeit?

¹ Im Institut für Zeitungsforschung in Dortmund sind 26 Ausgaben des medienpolitischen Informationsdienstes *Rundbrief des Instituts für Publizistik an der Freien Universität Berlin* überliefert.

Mit zwei Veröffentlichungen als Student während meiner Mainzer Zeit (vgl. KNOCHE 1968, KNOCHE/SCHULZ 1969) war ich in diesem damals kleinen Fach Publizistik aufgefallen, auch meine journalistische Praxis war bekannt. Und es ging um die medienkritischen Überlegungen, die ich einbringen konnte. Zusammen mit Wolfgang Donsbach, der auch bei der Mainzer Institutsbesetzung maßgeblich beteiligt war, später aber leider Noelle-Neumanns Assistent wurde, hatte ich zum Beispiel im Mai 1972 in der *Deutschen Volkszeitung*² eine grundlegende Kritik an der SPD-Medienpolitik veröffentlicht.

Wie haben Sie das Berliner Institut im Vergleich zu Mainz erlebt?

Das Berliner Institut war für mich damals das Paradies. Wissenschaftlich und politisch. Politische Ökonomie und Kritische Theorie waren dort wichtig. Mit meiner empirisch-methodischen Ausbildung mit theoretischen Defiziten in Mainz war ich darauf allerdings nicht vorbereitet. Nach fünf Studienjahren musste ich aber aus existenziellen Gründen mein Studium abschließen. Ich hatte ein bisschen Angst, nicht Fuß fassen und keinen Studienabschluss machen zu können.

Seit wann wussten Sie, dass Sie in die Wissenschaft wollten?

Seitdem ich in Mainz als studentische Hilfskraft gearbeitet hatte. Dank des vorbildhaften Einflusses von Winfried Schulz war ich mehr und mehr von der Publizistikwissenschaft begeistert.

Welche Schwierigkeiten haben Sie am Berliner Institut erlebt?

Für Stellenbesetzungen gab es eine Personalkommission, in der immer die funktionale Gruppe die Mehrheit hatte, für deren Bereich eine Personalstelle zu besetzen war. Das ging über Viertelparität hinaus. Es hatte zur Folge, dass die Studierenden bei der Besetzung studentischer Tutorstellen die Mehrheit hatten. Tutorstellen waren damals sehr attraktiv. Tutoren konnten selbständige Lehre machen.

Sie hatten sich für eine solche Stelle beworben?

Ja, ich hatte mich Ende 1972 beworben, noch ohne Magister-Examen. Ich musste eine ausführliche schriftliche Bewerbung mit Konzept für die Lehre einreichen und ein öffentliches Hearing bestreiten. Das lief vor einer studentischen Vollversammlung in einem vollbesetzten Vorlesungssaal im Henry-Ford-Bau. Unter den Bewerbern waren drei ausgewählt worden. Meine beiden Mitbewerber hatten jeweils eine studentische Gruppierung

² 1953 gegründete Tages-, ab 1954 Wochenzeitung, in den 1960er-Jahren eine Plattform der Studentenbewegung.

hinter sich: Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten – die ADSen – versus linke Autonome. Ich hatte keine dieser Gruppierungen hinter mir. Es ging gleichzeitig um zwei Stellen: Einführungskurse zu empirischen Methoden und Propädeutikum.

Haben Sie diese Tutorstellen bekommen?

Es gab eine Entscheidung per Hammelsprung, weil die Mehrheitsverhältnisse bei der offenen Abstimmung unklar waren. Mit knapper Mehrheit habe ich den ersten Platz erreicht. Diese Studentenmehrheit war bindend für das Direktorium. Der Drittplatzierte hat es dann doch noch per studentischer Mitbestimmung in den Gremien geschafft. Ausgerechnet ein Tutor für die Lehre, für die Professor Pross verantwortlich war. Diesen Tutor lehnte Pross entschieden ab. Er konnte ihn aber nicht verhindern, weil er bei den Abstimmungen in der Personalkommission und im Direktorium in der Minderheit war.

Rolf Famulla.

Ein erklärter ADSe. Dieser Fall zeigte exemplarisch, wie entscheidend die studentische Mitbestimmung damals in den Gremien und wie stark die Stellung der ADS war. Ich habe wohl hauptsächlich Stimmen von den Nichtorganisierten bekommen. Genauso – mit Ausnahme einer Studentenvollversammlung und Hammelsprung, aber stets mit öffentlichen Hearings – erging es mir bei den nächsten Stellenbewerbungen. Das war demokratisch positiv, aber sehr mühsam. Nach dem Magister-Examen Ende 1973 habe ich ab 1974 eine Stelle als wissenschaftlicher Tutor bekommen, dann ab 1975 als wissenschaftlicher Assistent, ab 1979 als Assistenzprofessor. Jedes Mal gab es die harten Kämpfe. Dabei ging es stets um eine Entscheidung für oder gegen eine allgemeine wissenschaftliche und politische Richtung, die mit der Personalauswahl verbunden war.

Wie funktionierte damals die Mitbestimmung am Institut?

Die Gruppe der Assistenten hatte die Mehrheit bei den Stellen im Assistentenbereich. Der Mittelbau war aber gespalten, also keine Einheit gegenüber Professor*innen und Student*innen. Die Kunst bestand darin, in den Gremien vertikale Mehrheiten zu bekommen, also Bündnisse über die Gruppen hinweg zu bilden. Oft waren Professoren das Zünglein an der Waage, aber auch die Vertreter der anderen (nicht-wissenschaftlichen) Dienstkräfte, zum Beispiel Rheinwart Hinkel, Ruth Kotikova, Lotte Guradze oder Katharina Mensing. Bei Stellenbesetzungen ging es immer ums Ganze. Entschieden wurde für kurze Zeit auf Basis viertelparitätischer, gleichberechtigter demokratischer Mitbestimmung der universitären funktionalen Gruppen, danach halbpari-

tätisch, da hatten die Professoren die Hälfte der Stimmen. Schließlich wurde halbpäritätisch mit Stimmenmehrheit der Professoren entschieden.

Gernot Wersig und Ulrich Neveling haben die Zeit der Viertelpärität als »Führungsvakuum« bezeichnet (WERSIG/NEVELING 2013: 246). Wie haben Sie Entscheidungsprozesse in den 1970er-Jahren erlebt?

Ich lehne den Begriff »Führungsvakuum« entschieden ab, zum einen wegen der kritikwürdigen Begrifflichkeit »Führung«, zum anderen, weil es kein Vakuum gab: weder in der Leitung der FU³ noch am Publizistik-Institut. Dort gab es bis 1982 wechselnde Geschäftsführende Assistenten.⁴

Wie sah die Mitbestimmungspraxis nach der Berliner Gesetzesnovellierung vom November 1973 aus?

Die Hochschuldemokratisierung wurde Schritt für Schritt rückgängig gemacht. Entscheidend war das Mitbestimmungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.⁵ Dann kamen das neue Berliner Universitätsgesetz von 1973 und 1976 ein Hochschulrahmengesetz. Ab 1974 gab es trotz des Abbaus dieser Mitbestimmung am Institut noch ein paar Jahre ein Agreement, dass die jeweils betroffene Gruppe zum Beispiel in der Personalkommission (PK) oder Entwicklungsplanungskommission (EPK) die Mehrheit der Stimmen hatte. Das wurde in weiten Teilen der Universität so praktiziert. Auch im obersten Gremium des Instituts, dem Direktorium, gab es keine Mehrheit der Hochschullehrer, aber auch keine Viertelpärität mehr, sondern eine Halbpärität. Das Hochschulgesetz wurde also ein bisschen unterwandert. Seit Beginn der 1980er-Jahre jedoch nicht mehr, weil es dann nicht mehr Konsens am Institut war. Es war auch aufgrund der praktischen hochschulpolitischen Entwicklung nicht mehr möglich.

Was haben Sie aus den Kämpfen gelernt?

Dass es ohne Kämpfe, ohne politische Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und auch in der Wissenschaft nicht geht, wenn man etwas erreichen möchte. Mitbestimmung halte ich, nicht nur an den Universitäten, bis heute für notwendig und gerechtfertigt. Aber sie hatte damals auch

3 Rolf Kreibich (geboren 1938), SPD-Mitglied, war von 1969 bis 1976 Präsident der FU Berlin. Er war Assistent am Soziologischen Institut und ab 1968 dessen Leiter. Kreibich war durch ein Übergangskonkordat mit Drittpärität gewählt worden (vgl. TENT 1988: 385f.; KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 93).

4 Die Geschäftsführung übernahmen nacheinander Elisabeth Löckenhoff, Hans Bohrmann, Manfred Kötterheinrich, Ulrich Pätzold, Hendrik Schmidt und Ulrich Neveling.

5 Vgl. dazu Fußnote 3 im Interview mit Günter Bentele.

Nachteile für Einzelne, vor allem, wenn sie nicht Mitglied von organisierten Gruppierungen waren.

Wie haben Sie das Wissen über Politische Ökonomie und Kritische Theorie aufgeholt?

Das lief hauptsächlich über meine Nebenfächer. Zum Beispiel bei Elmar Altvater in der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut, bei Urs Jaeggi und Sebastian Herkommer in der Soziologie und bei Klaus Peter Kisker in den Wirtschaftswissenschaften. Jaeggi und Kisker waren Mitglieder meiner Promotionskommission. Das Otto-Suhr-Institut war die linke Hochburg. *Wurde damals über die NS-Vergangenheit des Faches diskutiert, über Emil Dovifat, Franz Ronneberger oder Elisabeth Noelle-Neumann?*

Nach meiner Erinnerung wurde das nur marginal diskutiert. Ich fand das auch angemessen. Uns ging es hauptsächlich um Kritik und Gestaltung aktueller Entwicklungen, ohne dass wir die Vergangenheit für unwichtig erklärt hätten.

In Ihrer Magisterarbeit (vgl. KNOCHE 1973) haben wir gelesen, dass Sie Anfang der 1970er in Lichtenrade gewohnt haben. In Mauernähe. Was dachten Sie über die DDR?

Ich habe in Lichtenrade gewohnt, weil dort die Wohnungsmiete niedrig war, nicht wegen der Mauernähe. Ich war damals wie heute grundsätzlich positiv zur DDR eingestellt. Ich sehe eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft als positiver an als eine kapitalistische. Insofern war ich gegen den Kalten Krieg und für die Eigenständigkeit der DDR. Aber ich habe bis heute Probleme mit der Theorie und Praxis eines streng marxistisch-leninistischen oder sogar stalinistischen Sozialismus. Deshalb bin ich immer auf Distanz zur DDR geblieben. Und auch zur SEW-orientierten ADS. Das hat mich später nicht daran gehindert zu bedauern, dass die DDR von außerhalb und von innen zugrunde gerichtet wurde und dann als leichte Beute vom westlichen Kapitalismus okkupiert wurde. Leider auf Basis von freien Wahlen. Dadurch wurde mein zugegebenermaßen illusionärer Traum von einem vereinten Deutschland als reformierte sozialistische Gesellschaft zerstört.

Was verbanden Sie mit der Leipziger Journalistik?

Bedauerlicherweise kam es niemals zu einer persönlichen Verbindung. Ich war aber inhaltlich mit der Leipziger Wissenschaft verbunden. Das ergab sich aus meiner Spezialisierung. Pressekonzentration. Die diesbezüglichen kritischen Publikationen von Franz Knipping waren für mich damals sehr bedeutsam (vgl. KNIPPING 1968, 1969; BERGNER et al. 1968). In der BRD-Pu-

blizistikwissenschaft gab es damals nichts derart Kritisches. Im Gegenteil: Publikationen von Noelle-Neumann (1968) und Glotz/Langenbacher (1968) dienten der Rechtfertigung bis Verherrlichung der Pressekonzentration.



Die Habilitationsschrift des DDR-Presseforschers Franz Knipping
Quelle: Knipping 1969

Wie haben Sie sich die Bücher aus der DDR besorgt?

Die DKP⁶ betrieb in Mainz einen Buchladen. Da bekam man auch Marx und Engels preiswert. Später in Westberlin bin ich über die Grenze zum Buchkauf gefahren.

Konnten Sie von der Tutorenstelle leben?

Fast. Es gab wissenschaftliche Tutorenstellen mit oder ohne Examen. Man konnte sich darauf bis zu einem monatlichen Stundenkontingent von 120 Stunden bewerben.

Fast eine Vollzeitstelle.

⁶ Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet. Die KPD war 1956 verboten worden.

Ja. Diese Stellen wurden relativ gut bezahlt, mit Berlinzulage und Steuererleichterungen. Die Lehre im Grundstudium wurde über solche kurzzeitbeschäftigten Tutoren bestritten. Sie waren für die Universität relativ kostengünstig.

Sie konnten »fast« davon leben?

Ich habe nebenbei noch für Zeitungen und Fachzeitschriften geschrieben. Manchmal gab es ein geringes Honorar, zum Beispiel von *Media Perspektiven* und *Deutsche Volkszeitung*. Ich habe auch für den *Berliner Gewerkschaftsspiegel*, *Berliner Extra-Dienst*, *Journalist* und *die feder* geschrieben.

Wie andere haben Sie sich in der Deutschen Journalisten-Union engagiert.

Mitglied wurde ich 1972. Der Beitritt entsprach der gewerkschaftlichen Orientierung des Instituts. Das war eine bewusst politische und berufspraktische Orientierung. Auch ein Statement gegenüber dem Deutschen Journalistenverband, praktisch bis heute ein Mainstream- oder Elite-Journalistenverband.

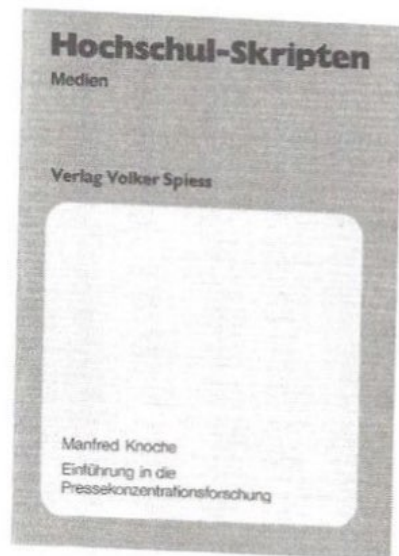
Die Historikerin Christina von Hodenberg (2018) hat geschrieben, dass »1968« auch der Beginn der Frauenbewegung in der Bundesrepublik war. Wie war das Verhältnis der Geschlechter am Institut?

Das war entspannt. Frauen waren am Institut stark in der Minderheit. Und die wenigen Frauen, die es gab, waren nicht besonders feministisch. Das war ein Problem der gesamten Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. *Ihre Forschungsprojekte entstanden fast alle aus Mittelbau-Kooperationen. Wo war die professorale Vertretung?*

Der wissenschaftliche Mittelbau konnte an der FU selbstständig lehren und forschen. Das war ein großer Vorteil. Es gab keine Zuordnung zu einem Professor oder einer Professorin. Die Professoren waren an empirischen Forschungsprojekten wenig interessiert. Und auch nicht dazu befähigt. *Sie hatten Forschungsprojekte zu Pressekonzentration und Medienpolitik. In den 1970er-Jahren kam die Jugendpresse hinzu.*

Kritische empirische Forschung zu Pressekonzentration und Medienpolitik war auch Grundlage meiner Dissertation (vgl. KNOCHE 1978). Zusammen mit Axel Zerdick habe ich im Verlauf der 1970er-Jahre am Berliner Institut kritische empirische Forschung zur Medienökonomie in die Publizistikwissenschaft eingebracht. Ein weiterer Schwerpunkt war die theoriegeleitete kritisch-empirische Medienkonzentrationsforschung (vgl. KNOCHE 2005; KISKER/KNOCHE/ZERDICK 1979; KLAUE/KNOCHE/ZERDICK 1980). Das vierteilige Forschungsprojekt *Analyse der Jugendpresse* lief von 1975 bis 1980. Es war meines Wissens das erste größere empirische Forschungs-

projekt am Berliner Institut, bei dem verschiedene empirische Methoden systematisch zur Anwendung kamen: Bestandsaufnahme, Redakteurs- und Leserbefragung sowie Inhaltsanalyse. An diesem Projekt waren viele Mittelbauer und Studenten beteiligt (vgl. KNOCHE/KRÜGER/LINDGENS 1979; KNOCHE/LINDGENS/MEISSNER 1979; KNOCHE/LINDGENS/VÖLKELE 1981; KNOCHE/LINDGENS 1983).



Die Dissertation
Quelle: Knoche 1978

In den 80ern wirkt es dann so, als ob Sie sich mit der Medienwirkungsforschung umorientiert haben.

Sie meinen sicher das umfangreiche empirische DFG-Forschungsprojekt zur Medienwirkungsforschung, das von 1983 bis 1990 am Berliner Institut durchgeführt wurde. Das war keine Umorientierung, sondern eine Erweiterung. Dies auf der Basis meiner vorangegangenen empirischen Forschungsprojekte, wieder in Anwendung einer Methoden-Kombination von Befragung, Politiker und Zeitungsleser, und Langzeit-Inhaltsanalyse von Zeitungen.

Also keine Abhängigkeiten von Professoren, Professorinnen?

Prinzipiell keine Abhängigkeiten, aber die politische und wissenschaftliche Ausrichtung der Professoren war ein struktureller Nachteil für den Mittelbau. Das Wissenschaftssystem war nach wie vor auf Professoren

ausgerichtet. Man brauchte sie zumeist, um Forschungsanträge zu stellen. Außerdem war man von ihnen abhängig, was Magisterabschluss, Doktorat und Stellenbesetzungen anging. Die Gruppenbildung im Mittelbau war deshalb auch mit Kooperationen mit bestimmten Professoren verbunden. Pätzold, Schmidt, Kötterheinrich, Beth und Neveling orientierten sich an Harry Pross und Fritz Eberhard, später auch an von Hoffmann. Bentele orientierte sich an Ivan Bystřina. Ich orientierte mich an Elisabeth Löckenhoff, seit 1972 Professorin am Institut. Sie war Betreuerin meiner Magister- und Doktorarbeit. Wir haben auch Seminare zusammen durchgeführt. Die Orientierung an den Professoren, zumeist inklusive Promotion, war vor allem wichtig, um am Institut zu überleben. Es gab nur Kurzzeitverträge. *Welche Lager gab es am Institut?*

Den Begriff ›Lager‹ lehne ich als diskriminierend ab. Es gab drei Gruppierungen mit wechselnden Mitgliedern. Diese waren interessenorientiert und mehr oder weniger organisiert, zum Teil über die Grenzen der funktionalen Gruppen hinweg. Politisch oder wissenschaftlich gar nicht besonders unterschiedlich. Am stärksten politisch organisiert war die Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten. Sie stand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins nahe, der SEW, und hatte eine klare sozialistische Orientierung. Die Stärke der ADS war, dass sie nicht nur im Mittelbau, sondern auch in der Studentenschaft verankert war. Dies allerdings im Verlauf der 1970er-Jahre abnehmend.

Möchten Sie die beiden anderen Gruppierungen beschreiben?

Die zweite Gruppierung bestand aus denen, die der linken Sozialdemokratie und den progressiven Gewerkschaften nahestanden. Zu denen gehörte ich, so wie zum Beispiel auch Bohrmann, Kötterheinrich, Pätzold, Schmidt, Meissner, später Jarren. Das waren diejenigen mit einem praxisbezogenen kritischen Impetus gegenüber der traditionellen Publizistikwissenschaft und dem Journalismus. Damit verbunden waren auch Klaus Betz und Bernd Meyer. Die ADSen waren Anfang der 1970er-Jahre mehr an Politischer Ökonomie und Kritischer Theorie orientiert, was ja grundsätzlich sehr positiv und wichtig für die Entwicklung der Berliner Publizistik war, sozusagen ein linkes Markenzeichen aus der Studentenbewegung. Sie waren auch mit kritischen Impulsen an der Entwicklung und Realisierung des Berliner Modells beteiligt. Die dritte Gruppierung war gegen jede Organisation und auch gegen SEW-Orientierung, hauptsächlich Bystřina-Assistenten, darunter auch Elke Baur und Lothar Mikos.

Manche haben diese Gruppierung »Süßmausfraktion« genannt.

Die haben wir deshalb Süßmausfraktion genannt, weil sie eigentlich nicht mitbestimmen und sich auch nicht organisieren wollten. Die haben gesagt: »Wir sind freie Individuen.« Naiv.

Wie haben Sie die Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen empfunden?

Heikles Terrain. Kämpfe. Das musste man überleben und durchstehen. Die vertikale Achse war wichtig. Bei allen Abstimmungen mussten die einzelnen Gruppierungen dafür sorgen, dass die ihnen jeweils nahestehenden Professoren, Assistenten, Studenten und anderen Dienstkräfte zu den Gremien-Sitzungen anwesend waren und in ihrem Sinne abstimmten.

Die ADSen verloren nach und nach an Einfluss.

Ja, mehr und mehr schon ab Mitte der 1970er-Jahre. Dafür gibt es mindestens fünf Gründe. Erstens die Berufsverbote auf Basis des sogenannten »Radikalenerlasses«. ⁷ Betroffen waren hauptsächlich Mitglieder von Organisationen wie DKP und SEW, die zu Unrecht als verfassungswidrig deklariert wurden, und diejenigen, die diesen Organisationen nahestanden. In unserem Fach gab es ja den spektakulären Fall des Berufsverbotes für Horst Holzer. Bei jeder Einstellung in den Universitätsdienst gab es eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz. Ich hatte Glück, weil ich in Berlin ein unbeschriebenes Blatt war. Informationen aus meiner Mainzer Zeit wurden offenbar nicht in Anschlag gebracht.

Die anderen Gründe?

Zweitens: Die studentische Basis brach weg. Dann drittens die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Die Verträge liefen aus. Dieter Hirschfeld, Burkhard Hoffmann, Jochen Bach. Die hatten nicht nur wegen der Berufsverbote keine Chance mehr, sondern auch inhaltlich. Man wollte Politische Ökonomie aus dem Studienplan haben. Die Stellen wurden anders ausgeschrieben. Vierter Punkt: kein professoraler Bündnispartner. Von Anfang an ihr Problem.

Am Anfang waren Pross, Bystřina und Löckenhoff da.

Pross war kaum in Berlin und war auch sonst kein Bündnispartner für die ADS. Löckenhoff verhielt sich neutral. Sie wollte sich nicht festlegen.

⁷ Im Januar 1972 hatte die Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder den sogenannten »Radikalenerlass« beschlossen. Dieser Beschluss führte dazu, dass Personen, die an als verfassungswidrig deklarierten Aktivitäten teilgenommen hatten, der Zugang zum öffentlichen Dienst verweigert wurde (vgl. TUNT 1988: 407).

Bystřina war nach dem Scheitern des »Prager Frühlings« aus der Tschechoslowakei geflüchtet und wurde 1970 mit Unterstützung von Pross Professor für Kultursemiotik am Institut. Er war für die ADSen der Feind. Das beruhte auf Gegenseitigkeit.

Es gibt noch einen letzten Grund?

Ja, fünftens: die berufspraktische und sozialwissenschaftliche Orientierung des neuen Studienplans. Dafür waren die meisten ADSen nicht qualifiziert. Das Berliner Modell von 1973 habe ich mitgestaltet. Es ging um eine wissenschaftliche Journalistenausbildung, im weitesten Sinn um eine praxisorientierte wissenschaftliche Ausbildung zu Kommunikationspraktikern für verschiedene Bereiche gesellschaftlicher Kommunikation. Basis sollte eine kritisch-emanzipatorische Sozialwissenschaft sein.

Wie haben Sie die Berufungsverfahren von Jürgen Prott und Axel Zerdick erlebt?

In der Berufungskommission für die 1977 neu geschaffene Professur für Kommunikationssoziologie gab es eine ausgiebige Auseinandersetzung darüber, ob Jürgen Prott oder Dieter Prokop Erstplatzierte der Berufungsliste werden sollte. Es wurde äußerst knapp für Prott entschieden, mit einer Stimme Mehrheit und der erforderlichen Mehrheit der Hochschullehrer. Der Studentenvertreter in der Berufungskommission, ein Mitglied der ADS, stimmte ebenfalls für Prott. Ich war als Mittelbauer Mitglied der Berufungskommission und hatte mich – zusammen mit Bentele – für Prokop als einen ausgewiesenen Vertreter der Frankfurter Kritischen Theorie eingesetzt. Mein Votum brachte mir in der Folgezeit eine gewisse Gegnerschaft von Alexander von Hoffmann und den studentischen und Mittelbau-Vertretern der ADS ein. Ich war in einem inhaltlichen Dilemma: Einerseits war ich auch für eine empirische Kommunikationssoziologie, wie sie Prott vertrat. Auch die gewerkschaftliche Orientierung und die Orientierung am Journalismus verbanden mich mit Prott. Andererseits dachte ich – zugegebenermaßen etwas abstrakt – im Anschluss an die Studentenbewegung, dass die Kritische Theorie der Frankfurter Schule in der Berliner Publizistikwissenschaft einen Platz haben sollte. In der Berufungskommission zur 1980 neu geschaffenen Professur für Medienökonomie gab es nach meiner Erinnerung keine Auseinandersetzungen: Axel Zerdick, bis dahin Professor an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) in Berlin, war für alle Fraktionen unumstritten.

Sie haben schon die Auseinandersetzungen angesprochen, die es um die Assistentenprofessur gab, die Sie dann bekamen.

Die Assistenzprofessuren waren generell stark umkämpft, weil es damals am Institut nur zwei gab. Bis 1978 hatten Hendrik Schmidt und Ulrich Pätzold diese Stellen. Hendrik Schmidt ist in die Praxis gegangen. Ulrich Pätzold bekam einen Ruf nach Dortmund. Dadurch wurden die zwei Assistenzprofessuren frei. Pross hatte keine Lust mehr, seine Professur in Berlin wahrzunehmen, und ließ sich deshalb für mehrere Jahre beurlauben. Hanno Hardt wurde von 1978 bis 1980 sein Stellvertreter, ohne Berufungskommission. Auf der Professorebene war ein gewisses Machtvakuum. Denn Bystřina, Löckenhoff, Prott und von Hoffmann waren keine starken Institutspolitiker. Hardt hat deshalb über den Geschäftsführenden Ausschuss des Direktoriums faktisch Macht ausüben können, unterstützt vom Geschäftsführenden Assistenten Neveling und von Wersig, der seit 1977 als Professor für Dokumentationswissenschaft dem Institut für Publizistik zugeordnet war.

Wie ging es mit der Assistenzprofessur weiter?

Hardt brachte Karsten Renckstorf ein. Ein wissenschaftlich adäquater Konkurrent, jedoch relativ wenig qualifiziert für das Aufgabengebiet.⁸ Hardt hatte ein Bündnis mit den Professoren von Hoffmann und Wersig gegen mich. Es gab anonyme Flugblätter. Die knappe Mehrheit in der Personalkommission erhielt ich unter anderem mithilfe der Stimme von Ruth Kotikova, Bystřinas Sekretariatsmitarbeiterin. Entgegen dem bis dahin geltenden Agreement, dass das Direktorium die Entscheidungen der Personalkommission akzeptiert, kam es im Direktorium zu heftigen kontroversen Diskussionen über die Entscheidung der PK. Es kam nur eine 6:4-Mehrheit zustande gegen die Mehrheit der Hochschullehrer für den Listenvorschlag 1. Knoche, 2. Renckstorf, 3. Baur. Im Direktorium gab es damals eine Halbparität von fünf Hochschullehrern gegenüber zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern, zwei anderen Dienstkräften und einem Studenten. Die Zeiten eines erhöhten Einflusses von Mittelbau und Studenten waren vorbei.

Etliche der Kollegen, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, waren SPD-Mitglieder. Darf man fragen, warum Sie nicht eingetreten sind?

Ich hing der kritikwürdigen Ideologie des Unabhängigen an. Hinzu kam, dass ich mich nicht für eine Partei entscheiden konnte.

⁸ Die Stellenausschreibung lautete *Kommunikationspolitik: Strukturelle Voraussetzungen und politische Funktionsbestimmungen der gesellschaftlichen Kommunikation durch Massenmedien.*

Sie haben an der Vorbereitung des Modellversuchs Journalisten-Weiterbildung mitgearbeitet.

Nicht nur an der Vorbereitung. Nachdem der Modellversuch 1979 bewilligt worden war, bin ich mit einem Drittel meiner Assistenzprofessoren-Stelle Mitarbeiter des Modellversuchs geworden, für die Lehre und für empirische Begleitforschung. Das war zwischenzeitlich meine Berufsperspektive. Meine Assistentenstelle war bis 1979 und meine Assistenzprofessur war bis 1984 befristet. Außerdem entsprach der Modellversuch meinem politischen und wissenschaftlichen Berufsbewusstsein und meinen Vorarbeiten. Ab 1977 haben wir eine Projektgruppe gebildet. Am Anfang Manfred Kötterheinrich, Ulrich Pätzold, Michael Meissner und ich. Alexander von Hoffmann kam als Professor dazu.

Anfang der 1980er-Jahre war der alte Fachbereich 11 Philosophie und Sozialwissenschaft aufgelöst, und ein neuer Fachbereich Kommunikationswissenschaften wurde gegründet. Wie haben Sie diese Zeit der Neugliederung erlebt?

Das war dramatisch für die gesamte Freie Universität. Der Fachbereich 11 war der letzte linke Fachbereich. Peter Glotz war als damaliger SPD-Wissenschaftssenator in Berlin der Exekutor der Auflösung dieses Fachbereichs, die vom Kuratorium der Freien Universität im Mai 1979 beschlossen worden war. Der im Wintersemester 1980/81 neu gebildete Fachbereich Kommunikationswissenschaften war ein schwaches Konstrukt. Er bestand nur aus Publizistikwissenschaft, Bibliothekarausbildung und Theaterwissenschaft. Ich war von Anfang an als Vertreter des Mittelbaus Mitglied des Fachbereichsrates. Es gab im Fachbereichsrat nur zwei Mittelbauer, zwei Studenten, eine andere Dienstkraft und sechs Professoren, also eine Mehrheit für Professoren. Axel Zerdick, 1980 als Professor ans Institut für Publizistik berufen, war erster Fachbereichsratsvorsitzender. Wir haben versucht, mit Glotz zu verhandeln. Wir wollten gewissermaßen von der Zerschlagung des FB 11 für das Fach Publizistik profitieren.

Ist das gelungen?

Publizistikwissenschaft ist in diesem neuen Fachbereich aufgewertet worden. Das Kuratorium der Freien Universität hatte bereits 1979 einen Ausstattungsplan für das Fach Publizistik beschlossen. Geplant waren sieben neue Professorenstellen.

Und dann kam die politische Wende?

Heckelmann, ein konservativer Jura-Professor, wurde Universitätspräsident. Mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gab es 1981 eine entscheidende politische Wende. Erstmals wurde die SPD aus der Regierungsver-

antwortung abgewählt. Das hat sich dann auch in der Freien Universität und im Fach Publizistik/Kommunikationswissenschaft niedergeschlagen. *Sie waren in den 1980er-Jahren viel unterwegs.*

Ja, ich bin fast wöchentlich zwischen Brüssel und Berlin gependelt. Denn ich hatte 1983 einen Ruf auf eine Professur für Kommunikationsforschung an die Vrije Universiteit Brussel angenommen. In Berlin lief bis 1990 das umfangreiche empirische DFG-Forschungsprojekt zu Medienwirkungen, das Zerdick und ich leiteten. Dieses Projekt war im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms *Publizistische Medienwirkungen* bewilligt worden (vgl. KNOCHE/LINDGENS/SCHABEDOTH/ZERDICK 1992).⁹ Außerdem habe ich bis 1986 als Gastdozent jedes Semester Lehrveranstaltungen am Institut durchgeführt.

Wie haben Sie das Institut nach der Blockberufung wahrgenommen?

Als Blockberufung gelten die zeitnahen Berufungen von Bernd Sösemann, Stephan Russ-Mohl, beide 1985, und Lutz Erbring 1986 auf Basis einer gemeinsamen Berufungskommission, in der als Externe auch Ulrich Saxer und Elisabeth Noelle-Neumann mitwirkten. Diese Blockberufung beruhte auf den Empfehlungen eines erstmaligen externen Expertengremiums, das der CDU-Wissenschaftssenator Kewenig 1982 ohne Rücksprache mit der Universität initiierte und das dann im März 1983 ein Gutachten zur Neu-Ausrichtung des Instituts vorlegte. Neben Elisabeth Noelle-Neumann und Hans Mathias Kepplinger gehörten Otto. B. Roegele, Werner Schwaderlapp vom ZDF und Robert Held von der FAZ zu diesem Gremium. Nur Konservative. Man konnte an diesem Beispiel deutlich sehen, dass Wissenschaft stets ungeheuer stark mit der Politik verbunden ist. Das war ein neues Institut. Politisch die konservative Richtung. Es war fast reaktionär, auf Dovifat zurückzukommen (vgl. SÖSEMANN 1998a).

Inwiefern war das ein neues Institut?

In Wirklichkeit waren es aufgrund der Binnengliederung im Fachbereich drei neue Institute.¹⁰ Mit den vielen personellen Wechseln auf der Professorebene und entsprechend im Mittelbau kam es im Verlauf der 1980er-

⁹ Der Titel des Projekts unter der Leitung von Manfred Knoche und Axel Zerdick lautete *Nichtveränderung als langfristige Medienwirkung. Einfluss der Presse auf Vorstellung und Einstellung zur Politik der Grünen* (vgl. zum Schwerpunktprogramm o.v. 1984).

¹⁰ Im neuen Fachbereich Kommunikationswissenschaften gab es drei Fachinstitute: das Institut für Publizistik und Kommunikationspolitik, das Institut für Kommunikationssoziologie und -psychologie und das Institut für Semiotik und Kommunikationstheorie.

Jahre zu einer neuen wissenschaftlichen und politischen Ausrichtung und auch zu einem Abbau der Mitbestimmung. Diese Entwicklung wurde in nicht unerheblichem Maße durch das Ausscheiden der Professoren Prott, Pross, Löckenhoff, von Hoffmann und Bystřina begünstigt.

Welche Hindernisse und welche fördernden Umstände gab es für die Studentenbewegung am Berliner Institut?

Im Gegensatz zur Soziologie, Psychologie, Philosophie und Politikwissenschaft gelang es nicht, Professoren zu etablieren, die die Studentenbewegung stützten. Das war ein großes Hindernis für die Studentenbewegung. Fördernd waren medien- und gesellschaftskritische Studenten, Tutoren und Assistenten. Viele politisch aktive, kritische Assistenten und Assistentinnen mussten jedoch schon ab 1974 ausscheiden, weil ihre Verträge ausliefen oder sie teilweise Opfer von Berufsverboten wurden.

Sehen Sie sich als Berliner Publizistikwissenschaftler?

Auf jeden Fall. Die Berliner Zeit war sehr prägend für mich. Ich trauere diesen fast 20 Berufsjahren an der FU Berlin nach. Magister, Doktorat, Habilitation, Assistent, Assistenzprofessor, alles war am Berliner Institut. Auch nach meiner Berufung nach Brüssel 1983 war ich bis 1986 noch als Privatdozent in der Lehre und bis 1990 am Institut mit dem erwähnten DFG-Projekt zur Medienwirkungsforschung tätig. Ich wäre gerne weiterhin in Berlin geblieben. Anfang der 1980er-Jahre war ich dort auf Platz 1 einer Berufungsliste für eine Professur zur empirischen Presseforschung. Aber dann kam die wissenschaftspolitische Wende, sodass diese Professur nicht realisiert wurde. Bei meinem Rückkehrversuch Anfang der 1990er-Jahre hatte ich keine Chancen mehr. Da hatte ich mich noch einmal vergeblich um eine Empirieprofessur beworben.

Sehen Sie sich auch als Publizistikwissenschaftler?

Schon in meiner Magisterarbeit mit dem Untertitel *Zur Geschichte und Kritik der Publizistikwissenschaft in der BRD und Westberlin* behandelte ich die Entwicklung der Publizistikwissenschaft von einer historisch-normativen zu einer empirisch-analytischen Disziplin (vgl. KNOCHE 1973). Diese Entwicklung war auch Thema meines Vortrags im Rahmen meiner Habilitation: von einer geisteswissenschaftlich-hermeneutischen zu einer sozialwissenschaftlich-empirischen Publizistikwissenschaft. Ich sehe mich auch unabhängig von Berlin als Publizistikwissenschaftler. Publizistikwissenschaft bezeichnet die Wissenschaft, die auf Öffentlichkeit durch (Massen-)Medien bezogen ist und nicht auf interpersonelle Kommunikation. Ich finde es auch ange-

messen, dass unsere Fachgesellschaft nach wie vor Publizistik- und Kommunikationswissenschaft heißt.

Was ist aus der Zeit der Studentenbewegung für Sie persönlich geblieben?

Die Öffnung für Gesellschaftskritik als Kapitalismuskritik und das Bewusstsein für soziale Herrschafts- und Machtverhältnisse. Die antiautoritären Impulse. Das hat mein Denken, aber auch mein Lebensgefühl geprägt. Es gab eine Kampf- und Aufbruchsstimmung auf allen Ebenen und vor allem im Wissenschafts- und Medienbereich. Grundlegende Wissenschafts- und Medienkritik sowie kritische Medienpolitik. Es gab demokratische Mitbestimmung. Das war ursprünglich Bundeskanzler Brandts »Mehr Demokratie wagen« und die Demokratisierung der Universitäten. Ich sehe es bis heute als mein persönliches Glück an, dass ich Teil der Studentenbewegung werden konnte. Ich will die Studentenbewegung nicht nostalgisch idealisieren. Aber davon bin ich überzeugt: Wenn ich früher zum Studium gegangen wäre, wäre ich wahrscheinlich ein ganz anderer Mensch geworden.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Maria Löblich / Niklas Venema (Hrsg.)
»Regierungszeit des Mittelbaus«?
Annäherungen an die Berliner Publizistikwissenschaft
nach der Studentenbewegung
Theorie und Geschichte der
Kommunikationswissenschaft, Band 15
Köln: Halem, 2020

Die Reihe *Theorie und Geschichte der*
Kommunikationswissenschaft wird herausgegeben
von Michael Meyen.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner
Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt
oder verbreitet werden.

© 2020 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (PRINT): 978-3-86962-488-4

ISBN (PDF): 978-3-86962-486-0

ISSN 1865-3367

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im
Internet unter <http://www.halem-verlag.de>
E-Mail: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag
LEKTORAT: Rabea Wolf, Vera Belowski
DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg
GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf
Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.
Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Maria Löblich / Niklas Venema (Hrsg.)

»Regierungszeit des Mittelbaus«?

Annäherungen an die Berliner Publizistikwissenschaft
nach der Studentenbewegung

HERBERT VON HALEM VERLAG